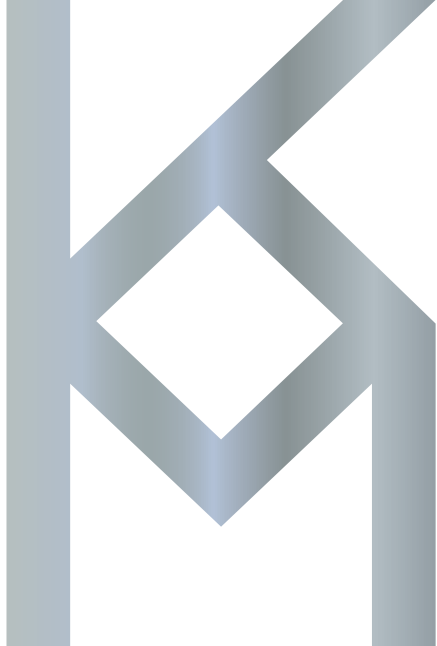




KM-Magazin für das Fördergebiet Karl-Marx-Allee, II. Bauabschnitt

Ausgabe 4. Quartal 2019

Erscheint viermal im Jahr kostenlos.

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin,
Stadtentwicklungsamt, Fachbereich
Stadtplanung

Liebe Leserinnen und Leser,

diese Ausgabe ist in zweierlei Hinsicht eine besondere: Zum einen ist dies die inzwischen 10. Ausgabe des KM-Magazins. Zum anderen hat das Werkstattverfahren zu den geplanten neuen Pavillons in der Karl-Marx-Allee im November seinen Abschluss gefunden. Deshalb finden Sie auf acht Sonderseiten in diesem Heft viele Informationen zum Verfahren selbst, den Akteuren, dem Ablauf, den Entwürfen und potenziellen Nutzern und dem weiteren Verfahren.

Und natürlich ist jede letzte Ausgabe eines Jahres etwas Besonderes. Auch im Gebiet KMA II ist in diesem Jahr einiges geschehen, und so lässt man gedanklich noch einmal viele Erlebnisse und auch persönliche Momente Revue passieren.

Im neuen Jahr wird es weitergehen: mit Projekten, mit Diskussionen, auch mit Auseinandersetzungen (hoffentlich konstruktive), auch mit Veränderungen, mit persönlichen Begegnungen und schönen Momenten. Und wir hoffen natürlich, dass Sie uns auch weiter mit Ihrer Aufmerksamkeit und positiven wie auch kritischen Resonanz begleiten. Wir wünschen Ihnen einen gelungenen Start ins neue Jahr!

Die Redaktion





BILDREPUBLIK

Dieses Foto nahm unser Fotograf Christoph Eckelt auf einem seiner Streifzüge durch das Gebiet auf. Doch unser kleiner Leserfoto-Wettbewerb geht weiter: Ob historische Dokumente oder jüngere Aufnahmen aus dem Gebiet, von ungewöhnlichen, schönen, komischen oder beeindruckenden Momenten – senden Sie uns Ihr Foto, das Sie besonders gelungen finden! In jeder Ausgabe wird die Redaktion dann ein Foto küren, ver-

öffentlichen und mit einem Preis honorieren. Aus praktischen Gründen bitten wir Sie, uns keine Unikate bzw. Originale zu schicken, auf die Sie nicht verzichten möchten. Willkommen sind digitalisierte Bilder (im JPG-Format), die Sie per Mail an km-magazin@gmx.net schicken können. Abzüge per Post bitte an: Ulrike Steglich, c/o KM-Magazin, Elisabethkirchstr. 21, 10115 Berlin.

Die Redaktion

Zu den Sonderseiten 9–16

Dies ist sozusagen eine Jubiläumsausgabe, nämlich das zehnte Magazin, das wir bereits für Sie produzieren durften, und diese Arbeit ist nach wie vor spannend für uns – und das Ergebnis hoffentlich auch für Sie. Nun, mit dieser vierten und letzten Ausgabe in diesem Jahr, danken wir für Ihr Interesse, Ihre Anrufe und Einsendungen und die insgesamt so positive Resonanz.

In dieser Ausgabe widmet sich unser Schwerpunktthema den geplanten neuen Pavillons an der Karl-Marx-Allee. Auf insgesamt neun Seiten können Sie alles zu den Zielen, zum Werkstattverfahren und zu den Ergebnissen lesen. Die nächste Ausgabe erscheint dann im neuen Jahr. Bis dahin wünschen wir Ihnen einen guten Start für 2020!

Die Redaktion

Wo finden Sie das »KM-Magazin«?

Hier finden Sie die Orte, an denen das KM-Magazin öffentlich ausliegt. Haben Sie Vorschläge, wo die Zeitschrift noch ausgelegt werden sollte oder könnte? Bitte schreiben Sie uns oder rufen Sie uns an: Ulrike Steglich, Tel. 283 31 27, km-magazin@gmx.net

- Auslegeorte sind u.a.:
- Bürgeramt im Rathaus Mitte
 - KMA II-Treff im ehem. Ambulatorium, Schillingstraße 12, EG
 - Apotheke im »Haus der Gesundheit«
 - »Kino International«, Karl-Marx-Allee
 - Mietertreff der Wohnungsbaugenossenschaft Solidarität, Schillingstr. 30
 - Friseursalon »Haarschneider Berlin«, Schillingstr. 2

- Café »Lotos«, Neue Blumenstraße 5
- Arztpraxis Dr. Ulrike Scheybal, Singerstraße 113
- Friseur Weydemeyerstr. 1
- »Kantine«, Magazinstr. 15–16
- »Der kleine Buchladen«, Weydingerstraße 14 (im Karl-Liebknecht-Haus)

KM-Magazin ins E-Mail-Postfach
Auf Wunsch senden wir das KM-Magazin auch als PDF per E-Mail zu. Einfach eine kurze Mail an km-magazin@gmx.net, und wir nehmen Sie in unseren elektronischen Verteiler auf.

KM-Magazin im Internet
Alle Ausgaben des KM-Magazins sind auch im Internet archiviert und abrufbar unter www.kma-mitte.de

In dieser Ausgabe

Bürgerbeteiligung im Fördergebiet	3
Mietendeckel + Kommentar	4/5
Schillingstraße 1 / Sonnenschutz und Denkmalschutz	6
Stadtmöblierung im Gebiet	7
Weihnachtsbäume im Kino International	8

Sonderseiten zu den geplanten neuen Pavillons an der Karl-Marx-Allee:	
Historie und Werkstattverfahren	9
Interview mit Kristina Laduch, Leiterin des Fachbereichs Stadtplanung	10
Teilnehmer und Ablauf des Werkstattverfahrens	11
Lageplan + grundsätzliche Vorgaben	12
Entwurf des Büros AFF Architekten	13
Entwurf des Büros Kawahara Krause Architekten	14
Entwurf Sonderbau des Büros mghs Architekten	15
Ausblick und Nutzungen	16
Neubau Berolinastraße	17
Kommentar: Zum Mittelstreifen der KMA	18
Adressen und Ansprechpartner	19
Kolumne: Mit Gefühl	20

Impressum

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung

Redaktion: Christof Schaffelder, Ulrike Steglich

Redaktionsadresse: »KM-Magazin« c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstr. 21, 10115 Berlin, Tel.: (030) 283 31 27, Mail: km-magazin@gmx.net

Fotoredaktion: Christoph Eckelt (eckelt@bildmitte.de)

Entwurf und Gestaltung: Kai Dieterich, www.morgen-berlin.com

Druck: Ruksaldruck GmbH & co. KG

V.i.S.d.P.: Ulrike Steglich

Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion verantwortlich.

Bürgerbeteiligung ist keine Einbahnstraße

Eine erste Bilanz für das Gebiet KMA II

Bürgerbeteiligung ist inzwischen für viele eine längst vertraute Vokabel und ein fester Begriff, seit die »behutsame Stadterneuerung« in den 70er und 80er Jahren von Anwohnern und Aktivisten erkämpft und durchgesetzt wurde. In Sanierungs- und Stadterneuerungsgebieten ist sie gesetzlich im Baugesetzbuch verankert, inzwischen gibt es kein öffentliches Städtebauförderprogramm oder größeres Vorhaben ohne festgeschriebene Beteiligung betroffener Bürger, zu der Politik und Verwaltung verpflichtet sind. Das Spektrum des Instrumentariums reicht von gewählten Betroffenen- und Stadtteilvertretungen bis zu öffentlichen Informations- und Diskussionsveranstaltungen.

Die KMA II ist eines der jüngsten Fördergebiete, und gerade deshalb lässt sich gut nachvollziehen, wie intensiv die Bürgerbeteiligung in diesem Gebiet war und ist. Das begann schon wenige Monate nach der offiziellen Aufnahme des Gebiets in das Förderprogramm »Städtebaulicher Denkmalschutz«: Bereits im März 2016 fand eine erste große und überaus gut besuchte Bürgerversammlung im Cafe Moskau statt, auf der über das Fördergebiet informiert wurde, zugleich war sie der Auftakt zum großen Beteiligungsverfahren bei der Erarbeitung eines »Integrierten städtebauliche Entwicklungskonzepts« (ISEK) für das Gebiet. Hier waren die Bürger gebeten, sowohl den Ist-Zustand mit Stärken und Schwächen des Gebiets zu beschreiben und zu äußern, wo sie großen Handlungsbedarf sehen und Wünsche, Ideen und Vorschläge zu formulieren. Das wurde nicht nur in der Veranstaltung selbst gefragt, sondern auch auf »Feedback«-Kärtchen, die massenhaft verteilt wurden und bis Juli eingereicht werden konnten. Der Auftaktveranstaltung folgten noch zwei weitere speziell zum ISEK.

- Es würde hier zu weit führen, sämtliche Beteiligungsformate aufzulisten, die seitdem im Gebiet stattfanden. Dazu gehörten u.a.
- die Unterstützung der Gründungsphase eines Nachbarschaftsrats (NBR) durch den Bezirk und das Büro KoSP als Gebietsbetreuer sowie regelmäßige Informationen für den NBR
 - die sehr intensive, mehrstufige Beteiligung bei der Neugestaltung vor allem der Plansche Singerstraße
 - Vor-Ort-Termine zur Erneuerung von Spielplätzen und zum Umgang mit Grünbereichen



- Veranstaltungen zu Bauvorhaben wie dem der WBM oder »Rad und Tat« in der Berolinastraße
 - die Befragung zum Standortentwicklungskonzept der Schillingstraße und vieles mehr.
- Auch beim eigentlich nichtöffentlichen Werkstattverfahren zu den geplanten neuen Pavillons war immer ein Vertreter des Nachbarschaftsrats eingeladen. Im Mai 2018 fand eine erste öffentliche Informationsveranstaltung inklusive einer Postkartenaktion zu gewünschten Nutzungen statt.
- Doch auch anderes gehört zur Beteiligung der Bürger: etwa die Einrichtung einer Sprechstunde im Gebiet, die Finanzierung eines redaktionell unabhängigen, kostenlosen Informationsmediums (das KM-Magazin), die Unterstützung der Stadtteilstelle u.a.
- Dennoch hört man oft die Klage, es gebe keine »echte« Bürgerbeteiligung, all das seien »Alibi-Veranstaltungen« – nach dem Motto: Die da oben machen eh, was sie wollen. Das ist so simpel wie falsch – schon die Tatsache, dass Planungen nach Bürgereinwänden tatsächlich verändert wurden und werden, spricht dagegen. Dennoch gibt es oft Missverständnisse und Vorwürfe auf beiden Seiten. Bürger haben das Gefühl, dass Politik und Verwaltung ihre Wünsche ignorieren und Einwände übergehen, umgekehrt empfinden einige Verwaltungsmitarbeiter die Bürgerbeteiligung als weitere lästige Hürde im ohnehin langwierigen, komplizierten Vor-

schriften-, Verfahrens- und Abstimmungsgetriebe und Interventionen als Störung. Bürgerbeteiligung ist kein Wunsch-dirwas und keine Einbahnstraße. Bürgerbeteiligung ist geprägt von unterschiedlichen Positionen und Interessen (auch »die Bürger« sind ja keine homogene Masse, sondern haben oft durchaus divergierende Interessen). Bürgerbeteiligung ist ein oft mühsamer Prozess der Konfrontation unterschiedlicher Interessen, der Abwägung und des Aushandelns von Kompromissen. Bürgerbeteiligung heißt auch zu lernen, was geht und was nicht: eine notwendige Feuerwehrezufahrt etwa lässt sich nicht wegdiskutieren.

Bürgerbeteiligung bedeutet das Recht auf Informationen und ebenso, diese Informationen dann auch wahrzunehmen und sich Wissen anzueignen. Etwas Grundwissen über Zuständigkeiten, Einflussmöglichkeiten und objektive Grenzen sowie über das jeweilige Verhandlungsobjekt und eventuelle Vorgeschichten sind enorm hilfreich. Bei der Verwaltung wiederum sind Geduld mit solchen Prozessen, die Bereitschaft zu erklären und auch Offenheit gegenüber neuen Ideen gefragt. Kompromissfähigkeit gehört immer dazu, sonst manövriert man sich in eine Sackgasse. Versteht man aber Bürgerbeteiligung als einen Aushandlungsprozess und respektiert einfache Kommunikationsregeln, kann das für ein Gebiet und seine Bewohner überaus gewinnbringend sein. us



Nicht ganz so Revolutionäres aus Berlin

Nach dem Mietendeckel müssten die Mieten vor allem in kleinen Wohnungen sinken

Allerorten debattiert man dieser Tage über den Berliner »Mietendeckel«. Die Verbände der Hauseigentümer laufen Sturm, Mieterorganisationen jubeln. Die FDP spricht von »Sozialismusphantasien des Senats« (Mario Czaja), auf »die-linke.de« ist bereits ein »Mietendeckelrechner« eingerichtet und Horst Seehofer hält das ganze Vorhaben für verfassungswidrig.

Doch bisher gibt es lediglich einen Entwurf für ein »Gesetz zur Neuregelung gesetzlicher Vorschriften zur Mietenbegrenzung«. Im Verlauf der Beratungen im Abgeordnetenhaus wird vermutlich der Gesetzestext noch geändert.

Doch so neuartig ist der Mietendeckel gar nicht. Die französische Zeitung »Le Monde« schreibt dazu zwar: »Es ist lange her, dass eine Gesetzesvorlage in Deutschland als »revolutionär« bezeichnet werden konnte.« Aber auch im Westteil Berlins waren bis Januar 1988 die Mieten gesetzlich gebunden. Der Senat legte damals die Mietobergrenzen für Wohnungen in bis 1948 gebauten Häusern regelmäßig neu fest. Auch in der Weimarer Zeit galten nach dem »Reichsmietengesetz« von 1922 in ganz Deutschland gesetzlich festgelegte Mietobergrenzen. Und als 1948 das Grundgesetz entstand, war ein staatlicher Mietendeckel noch ganz selbstverständlich.

Das bisherige Vergleichsmietensystem des Berliner Mietspiegels würde durch das neue Gesetz außer Kraft gesetzt. Nach der aktuellen Gesetzesvorlage soll in fast allen Wohnungen in Häusern mit einem Baujahr von vor 2014 die Miethöhe auf dem Stand vom 18. Juni 2019 eingefroren werden und ab 2022 nur noch in der Höhe der allgemeinen Preissteigerung erhöht werden dürfen. Auch mietvertraglich vereinbarte Mieterhöhungen wie z.B. Staffelmieten sind von der Kappung betroffen und auch möblierte Wohnungen würden diesen Regeln unterliegen. Bei Neuvermietungen müssten die Vermieter den neuen Mietern zudem nachweisen, wie hoch die Miete der Wohnung zuvor war. Aber auch die Mieten in bestehenden Mietverhältnissen müssten unter bestimmten Umständen gesenkt werden.

Für eine Wohnung in einem Altbau aus der Zeit vor 1918 mit Bad und Sammelheizung in einer einfachen Wohnlage betrüge danach die maximal zulässige Miete zum Beispiel 7,40 Euro/qm nettokalt, in Altbauten aus der Zeit zwischen 1919 und 1949 (mit Bad und Sammelheizung, einfache Wohnlage) 7,19 Euro/qm nettokalt. Bei »moderner Ausstattung« würde ein Zuschlag gewährt. Für Altbauten von vor 1918 wären dann in der genannten Kategorie 8,60 Euro/qm möglich und für Altbauten von 1919–1949 maximal 8,39 Euro/qm. Die Definition von »moderner Ausstattung« ist in der Gesetzesvorlage aber recht streng, sehr viele Altbauwohnungen werden wohl nicht in diese Kategorie passen. Eine Klassifizierung nach der Größe der Wohnung wie im Mietspiegel ist in der Gesetzesvorlage nicht mehr vorgesehen. Vor allem in kleinen Wohnungen werden deshalb voraussichtlich die Mieten gesenkt werden müssen. Hier liegen nach dem aktuellen Mietspiegel sogar die Mittelwerte von Wohnungen unter 40 Quadratmeter deutlich über den nach der Gesetzesvorlage zulässigen Maximalmieten für Wohnungen ohne »moderne Ausstattung«.

Durchgesetzt werden müssten die neuen Mietobergrenzen durch das Land Berlin – und nicht durch die Mieter mittels zivilrechtlicher Klagen wie im Vergleichsmietensystem. Der Gesetzesentwurf legt eine »Geldbuße bis zu 500.000 Euro« fest. Es soll aber auch eine Härtefallregelung geben, wenn Vermieter nachweisen können, dass sie die Mietpreisbindung wirtschaftlich nicht stemmen können. Das heißt aber auch, dass sich die Mieter nicht unbedingt darauf verlassen könnten, dass ihre Miete tatsächlich sinkt. Auf keinen Fall sollten sie ihre Miete einseitig absenken: Zivilrechtlich gälte ja noch das bundesweite Mietrecht weiter und das gibt den Vermietern bei höheren Mietrückständen ein fristloses Kündigungsrecht!

Nach dem Fahrplan des Senats sollte das Gesetz ursprünglich bereits im Januar in Kraft treten, viele Beobachter rechnen allerdings damit, dass die Beratungen im Abgeordnetenhaus länger dauern werden als geplant. Möglicherweise werden auch noch gerichtliche Verfügungen erlassen: Das Thema wird uns im Jahr 2020 wohl noch länger beschäftigen.

cs

KOMMENTAR

Der Deckel und der Neubau

Berlin hat nach langen Debatten den Mietendeckel tatsächlich beschlossen, was in anderen Kommunen hoffnungsvolle Zustimmung fand oder doch zumindest auf Interesse und Neugier stieß. Wie erwartet hagelte es andererseits auch prompt massive Kritik, natürlich seitens der Immobilienwirtschaft und -lobby, flankiert von FDP und CDU. Einer der wichtigsten Vorwürfe, der gebetsmühlenartig zu hören ist: auf diese Weise würde in Berlin keine einzige Wohnung neu gebaut. Nun, das hatte ja auch nie jemand behauptet. Aber es ist in Deutschland längst ein üblicher Reflex, bei jeder Veränderung zugunsten von Bürgern gleich die Katastrophe zu prophezeien. Egal ob Mindestlohn, Mieterschutz, Arbeitnehmer- und Verbraucherrechte – stets drohten die Lobbyisten wie ein griechischer Chor mit dem Untergang des Wirtschaftsstandorts Deutschlands und massenhaften Pleiten. Bekanntlich ist nichts davon eingetreten. Zur derzeitigen Lage ein paar Fakten: Zwischen 2009 und 2019 stiegen die Bestandsmieten bzw. die »ortsüblichen Vergleichsmieten« in Berlin laut Mietspiegel um ca. 40 Prozent. Noch größer fällt im selben Zeitraum die Steigerung der Angebotsmieten bei Neuvermietungen aus: In Berlin stiegen sie von durchschnittlich 5,82 Euro/qm im Jahr 2009 auf derzeit 10,34 Euro/qm laut Wohnraumreport der Berlin Hyp. Das sind für Gesamtberlin satte 77 Prozent Zuwachs. Demgegenüber betrug die Bruttolohnsteigerung zwischen 2007 und 2017 ca. 24 Prozent,

das »verfügbare Pro-Kopf-Einkommen« ca. 20 Prozent. In diesem Jahrzehnt stiegen die Mieten also doppelt so stark wie die Einkommen, für Wohnungssuchende sogar viermal so stark. Ganz zu schweigen von der Explosion der Bodenpreise und der Kaufpreise für Eigentumswohnungen in Bestandsbauten. Fette Jahre für Spekulanten, Immobilienhaie und Anleger.

Das ist die Ausgangslage – und die schmerzhafteste Demonstration dessen, was geschieht, wenn man ganz auf den freien Markt vertraut, wie es der Neoliberalismus predigt. Ein Ende der Preisspirale nach oben ist noch nicht abzusehen. Es geht munter weiter. In dieser Situation hat der rot-rot-grüne Senat die Reißleine gezogen und den Mietendeckel verabschiedet.

Der Vorwurf der Kritiker, so würden Investitionen verhindert und keine der dringend benötigten neuen Wohnungen entstehen, ist allerdings ein so fadenscheiniges wie unsinniges Argument. Kein Mensch kann ernsthaft vom Mietendeckel erwarten, dass er neuen Wohnraum generiert. Vielmehr geht es hier um den Schutz des Bestandes.

Der Witz an der Sache ist ja, dass für jede Wohnung, in der die bisherigen Bewohner bleiben dürfen und nicht verdrängt werden, eben keine neue Wohnung gebaut werden muss, die ja nötig wäre, wenn die Leute zum Umzug gezwungen würden. Und wohin, bitte schön, sollen denn all die Busfahrer, Erzieherinnen, Verkäufer, Poli-

zisten, Krankenschwestern, Pfleger, die jungen Familien und die Rentner hinziehen? Jede Neubauwohnung würde automatisch eine deutlich höhere Miete bedeuten. Das ist auch von stadtkonomischer Bedeutung: Schützt man Mieter vor exorbitanten Mieten, fließt ein Teil der Einkommen eben nicht mehr in die dicken Taschen der Spekulanten, sondern in die lokale Ökonomie oder auch Alterssicherung etc.

Gerade weil es aber auch dringend neuen, erschwinglichen Wohnraum braucht, setzt die zuständige Senatorin Katrin Lompscher (Linke) auf eine Doppelstrategie: Neubau preisgünstiger Wohnungen in Größenordnungen durch die städtischen Wohnungsgesellschaften einerseits (wie man gerade in Spandau gut sehen kann), was nebenbei auch den Anteil kommunaler Wohnungen erhöht, und Sicherung bezahlbarer Wohnungsbestände andererseits. Doch die Sache mit der Errichtung kommunaler Wohnungen ist nicht so einfach, wie es die »Neubau, Neubau, Neubau!«-Rufer suggerieren. Neubau stößt an räumliche und preisliche Grenzen. Die Ressource Boden ist nicht reproduzierbar. Schon deshalb ist es dringend notwendig, den Bestand zu sichern und zu stärken. Grund und Boden in Berlin ist ein rares und teures Gut. Und die Bodenpreise gelten für jeden – auch für Kommunen. Für sie ist es deshalb sehr schwer geworden, überhaupt noch Grundstücke in Berlin anzukaufen, denn sie müssen jene Preise zahlen, die durch maßlose Bodenspekulation erst in die Höhe getrieben wurden. Unterm Strich geht es hier um nicht weniger als Gesellschaftspolitik. Wer zulässt, dass sich die Stadtgesellschaft immer mehr spaltet in betuchte Eigentümer großzügiger Lofts einerseits und »Banlieues« mit hoher Belegungsdichte am Rand, setzt den sozialen Frieden der Gesellschaft aufs Spiel. Eine Stadt gehört eben nicht nur denen, die sie sich kaufen und »leisten« können, sondern vor allem aus jenen, die das Leben in der Stadt erst möglich machen. Und wie pervers ist ein Wohnungsmarkt, wenn junge Familien sich kaum trauen, noch Kinder zu bekommen, weil Kinder eben auch Wohnraum brauchen, oder der Alte dazu zwingt, in zu groß gewordenen Wohnungen zu bleiben, weil jede kleinere trotzdem das Doppelte kosten würde?

us

Jalousien-Böttcher entdeckt eine Marktlücke

Auch in denkmalgeschützten Gebäuden hilft Verschattung von außen beim Klimawandel

Sie wirkt sehr unscheinbar – und das soll sie auch. Die neue »Senkrecht-Markise« an einem Fenster des Max-Planck-Gymnasiums ist nur ein Prototyp, sorgt aber in der Schule für große Begeisterung. Denn sie weckt die Hoffnung, dass der kommende Sommer die Temperaturen in den Klassenräumen nicht wieder in astronomische Höhen treibt: Bei 38 Grad Raumtemperatur lässt sich weder gut unterrichten noch lernen.

Gegen die Sonneneinstrahlung im Sommer helfen die großen Vorhänge im Inneren nur wenig. Wenn das Sonnenlicht in den Klassenraum dringt, bringt es Hitze mit – und die geht dann nicht mehr hinaus. In südlichen Ländern schattet man deshalb im Sommer die Fenster von außen ab, selbst in Süddeutschland gehören hölzerne Fensterläden zur traditionellen Hausausstattung. In Berlin ist das anders. Im vergangenen Jahrhundert war der Mangel an Sonnenlicht in den engen Hinterhöfen der Stadt sogar ein großes gesundheitliches Problem, weil der zu rachitischen Verkrüppelungen vieler Kinder führte. Deshalb gibt es bei vielen Altbauten keine Möglichkeit, die Fenster von außen zu verschatten – auch bei Schulen und anderen öffentlichen Gebäuden.

Und wenn diese wie das Max-Planck-Gymnasium unter Denkmalschutz stehen, dann wird es schwierig. Dann kann man nämlich nicht so einfach einen Rollladenkasten an die Außenwand montieren. Georg Wasmuth, der freiberufliche Architekt im Team der Gebietsbetreuung der KMA II, hat sich dennoch nicht von seinem Ziel abbringen lassen. Zusammen mit Ronald Böttcher von »Jalousien-Böttcher« aus Friedrichshagen hat er einen Prototyp entwickelt, der jetzt am Max-Planck-Gymnasium hängt. Der ist so unscheinbar und so schmal wie möglich, also optimal denkmalgerecht, aber dennoch fest und stabil genug, um den Witterungseinflüssen standzuhalten. Er verdunkelt auch nicht vollkommen, sondern lässt noch genügend Licht hinein – hält aber die Hitze draußen.

»Wir haben da nebenbei viel Arbeit hineingesteckt und mächtig getüftelt«, erzählt der Rollladenbauer, »ansonsten machen wir ja vor allem Reparaturen.« Jetzt hofft er darauf, dass auch die Denkmalpflege ihr OK gibt und er bis zum Sommer die gesamte Schule mit »Senkrecht-Markisen« ausstatten kann. Die Schulleitung und den Lehrkörper haben Wasmuth und Böttcher dabei schon hinter sich. Womöglich werden aber auch andere bei ihm anfragen. Denn das Problem hat zum Beispiel auch das Rathaus Wedding. In dem denkmalgeschützten Altbau aus den 1920er Jahren schmoren im Sommer unter anderem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Stadtentwicklungsamtes. Wer das Pech hat und ein Büro auf der Südseite hat (unter anderem auch Stadtrat Ephraim Gothe) flucht da ab und an mal auf die Kollegen vom Denkmalschutz. Vor allem in Sommern wie in den vergangenen beiden Jahren. Und voraussichtlich auch in den kommenden: Der Klimawandel soll ja in vollem Gange sein. cs

Baubeginn Neubau Schillingstraße 1 im März 2020

Der alte Bau Schillingstraße 1 ist seit dem Sommer abgerissen. Mit einem Informationsschreiben hat sich nun die Otto Wulff Projektentwicklung GmbH als Eigentümerin des Grundstücks Schillingstraße 1 / Ecke Singerstraße an die Nachbarschaft gewandt. Darin kündigt er den baldigen Baubeginn für den Neubau an, der hier entstehen soll. »In den vergangenen Monaten haben wir, gemeinsam mit dem Bezirk Berlin-Mitte, für das Grundstück eine maßgeschneiderte Planung entwickelt, die Baugenehmigung seitens der Stadt Berlin erhalten und wollen nun in Kürze mit dem Bau beginnen.«

Das »Projekt Schilling« ist eine fünfgeschossige Eckbebauung und sieht eine Mischung aus Wohnen in den oberen vier Geschossen sowie Gewerbe in der Ladenzone vor. Allerdings handelt es sich bei den 32 neu entstehenden Wohnungen nicht um Sozialwohnungen, sondern um Eigentumswohnungen in einem Mix aus 1–3 Zimmern. Die Nachbarschaft wird aber vor allem dieser Satz freuen: »Die Erdgeschossfläche wird voraussichtlich an einen Supermarkt vermietet.« Für das mit Einzelhandel unterversorgte Gebiet südlich der Karl-Marx-Allee ist das eine gute Nachricht. Die Einrichtung der Baustelle sowie andere notwendige Vorbereitungen erfolgen im Dezember, so dass schon ab Februar/März kommenden Jahres der eigentliche Baustart erfolgen kann. Bis Herbst 2021 soll der Neubau dann fertiggestellt sein.

us

Von »Magdeburg«-Bänken und römischem Versatz

Für eine denkmalgerechte Erneuerung wurde ein »Ausstattungs- und Materialleitfaden« erarbeitet, der nun auch in der Praxis umgesetzt werden muss

Der denkmalbewusste Umgang mit dem öffentlichen und privaten Raum im Fördergebiet ist eine grundlegende Aufgabenstellung für den II. Bauabschnitt der Karl-Marx-Allee. »Der größte Interventionsbedarf liegt im Freiraum«, heißt es im Integrierten Städtebaulichen Entwicklungskonzept (ISEK) – und dazu gehört auch die »Berücksichtigung gebietstypischer Ausstattung und Möblierung«.

Das ist umso wichtiger mit Blick auf die denkmalpflegerischen Aspekte des Förderprogramms und die gestädte Bedeutung des Quartiers als herausragendes Beispiel für die sozialistische Nachkriegsmoderne. Und auch das Bestreben um Aufnahme ins Weltkulturerbe verpflichtet zu besonderer Sorgfalt. Deshalb gehört der freiberufliche Architekt Georg Wasmuth zum Team des Gebietsbetreuers. Er setzt sich intensiv mit den Details der Ausstattung und Möblierung der Freiflächen auseinander, ist Ansprechpartner für Grundstückseigentümer sowie die Fachämter des Bezirks. Ein »Ausstattungs- und Materialleitfaden« (AML) für das Gebiet wurde von der Landschaftsarchitektin Birgit Hammer bereits im Herbst 2017 vorgelegt: Jetzt müssen die formulierten Grundsätze auch in der Praxis durchgesetzt werden, auch die bezirklichen Fachämter wie beispielsweise das Straßen- und Grünflächenamt sollen den AML als verbindlichen Leitfaden bei allen Maßnahmen im Gebiet berücksichtigen.

Das hat anfangs nicht immer gut geklappt: So wurde bei Gehwegerneuerungen manchmal das Pflaster im allgemeinen Berliner Standard gestaltet, nicht in der DDR-typischen Anordnung der Gehwegplatten.

Die Bänke auf dem Wasserspielplatz orientieren sich am originalen Typ »Magdeburg«.



Geschwungene Liegebänke erinnern vom Typ her an die originalen Stadtbänke.

Dagegen ist der im August 2018 eröffnete Wasserspielplatz Weydemeyerstraße, der früher eine Plansche war, auch unter denkmalpflegerischen Aspekten hervorragend gelungen. Die dort aufgestellten Bänke erinnern in ihrer Gestalt an den Stadtbank-Typ »Magdeburg«, der bei der ursprünglichen Möblierung der KMA II zum Einsatz kam. Die geschwungenen Liegebänke wiederum, die auf der Liegewiese stehen, gab es in der DDR noch nicht. Aber in ihrer Materialität erinnern sie an die damals verwendeten Stadtbänke. Es geht also nicht darum, die originalen Vorbilder zu imitieren, sondern sich an der Ästhetik der Originalausstattung zu orientieren. Großer Wert wurde auf die am Original orientierte Neupflasterung des Wasserspielplatzes gelegt: Der sogenannte »römische Versatz« war in den 1960er Jahren weit verbreitet und wurden auch bei der alten Plansche eingesetzt. Die Wiederherstellung war sowohl bei der Materialbeschaffung als auch der Umsetzung sehr aufwändig. Es hat sich gelohnt: Das heute ungewöhnliche Farbenspiel wertet den Spielplatz und seine Umgebung deutlich auf. cs/us

Pflasterung des Wasserspielplatzes im »römischen Versatz«



Quietschfideles Baumschmücken

Aus der ehemaligen Bibliothek »Bertolt Brecht« leuchtete es im Advent weihnachtlich



Man kannte die Fenster bis vor kurzem nur noch verklebt und verrammelt. Doch seit Anfang Dezember ist die Rückseite des Kino International wieder offen – zumindest zum Teil. Drei von sechs großen Fenstern der ehemaligen Bibliothek »Bertolt Brecht« sind jetzt wieder transparent. Im Advent leuchteten vom Inneren des Kinogebäudes festlich geschmückte Weihnachtsbäume auf den Platz vor dem Rathaus.

Schnittmaßnahmen in Grünflächen

In diesem Winter besonders viele Bäume betroffen

Aufgrund der sehr langanhaltenden Trockenheit der vergangenen beiden Jahre sind viele Bäume sehr geschwächt. Deshalb kann es vorkommen, dass in einzelnen Grünbereichen nach den Prüfungen durch Baumkontrolleure umfangreichere Schnittmaßnahmen und Baumfällungen durchgeführt werden müssen. Darauf wies der Bezirk Mitte Ende November in einer Presserklärung hin.

Das Straßen- und Grünflächenamt führt bis zum 29. Februar 2020 Baum- und Strauchschnittarbeiten in den öffentlichen Grünanlagen sowie im Straßenbegleitgrün

Im Raum unter der Kinoleinwand erinnert noch ein langer Tresen an den »Klub International«, der zwischen 1999 und 2014 hier ein bis zweimal im Monat vor allem ein schwul-lesbisches Publikum angezogen hatte. Seitdem wird der große Nebenraum nur noch selten genutzt – etwa, wenn das Kino für eine Weihnachtsfeier gebucht ist oder wenn hier, wie zuletzt im September, eine Informationsveranstaltung zu aktuellen Entwicklungen im Fördergebiet KMA II stattfindet. Sowohl den Betreibern des Kino International als auch dem Bezirk Mitte liegt aber etwas daran, dass der ehemalige Bibliotheksraum wieder stärker genutzt wird. Das ist aber nicht so einfach, denn natürlich müsste sich dies mit dem Kinobetrieb vertragen.

Die Vorstellungen beginnen meist zwischen 14 und 15 Uhr – an Wochenenden oft auch schon früher. Kein Problem war das am 2. Dezember, als die Weihnachtsbäume geschmückt wurden. Angerückt war vormittags eine Gruppe der Kita »Traumzauberbaum« aus der Mollstraße und eine Gruppe geistig Behinderter der »Betriebsstätte Mitte« des Trägers »Mosaik« aus der Iflandstraße. Von den vier- bis fünfjährigen Kitakindern ging dabei eine quietschfidele Vergnügtheit aus, die ziemlich schnell auch die Behinderten erfasste. Schön war es zu beobachten, wie sich beide Gruppen anfreundeten und die Behinderten die Kinder in die Luft hoben, damit sie die Bäume auch oben mit schneeweißen Wattebäuschen verzieren konnten. Viel Spaß hatten die Kinder auch mit dem Nikolaus und dem Weihnachtsengel aus den Mosaik-Werkstätten, die teilweise sogar größer als manche der Kitaknirpse waren.

In den Tagen zuvor war in dem Raum dagegen noch eine Schutthalde: »Die Fenster waren nicht nur zugeklebt und von einer Rigipswand verschlossen, sondern von innen auch noch zugemauert und mit reichlich Dämmmaterial abgestopft,« erzählt Hannah Münzer vom Koordinationsbüro (KoSP). »Das hatten wir so gar nicht erwartet.« Offenbar hatten die Mitarbeiter des Kinos und des Gebietsbetreuers kräftig in die Hände gespuckt: Am zweiten Dezember jedenfalls war der Raum wieder blitzblank. Und danach wurde er weihnachtlich. cs

durch. Dabei würden Bäume deren Stand- und Verkehrssicherheit nicht mehr gewährleistet werden kann, gefällt oder eingekürzt. Weiterhin würden Bestandspflegearbeiten in den Parkanlagen vorgenommen. Damit werde den verbleibenden Bäumen mehr Entwicklungsraum geboten. Die durch die Fällungen verloren gegangene Blattmasse werde in kurzer Zeit durch den verbliebenen Baumbestand ausgeglichen, da der sich nun besser entwickeln könne. An Standorten, wo genügend Platz vorhanden ist, pflanze das Straßen- und Grünflächenamt Baumarten nach, die mit den veränderten klimatischen Bedingungen besser zurechtkommen.

Auch an zahlreichen Straßenbäumen und -sträuchern würden Schnittarbeiten durchgeführt, um die Verkehrssicherheit wiederherzustellen bzw. aufrechtzuerhalten. Unter Beachtung des Landesnaturschutzgesetzes würden dabei immer ausreichend Lebensstätten für Vögel und andere Tiere im Strauch- und Vegetationsbereich belassen. Es erfolge ein alternierender Schnitt, bei dem immer genügend Sträucher im unbeschnittenen Zustand belassen werden.

Zuwachs für die Karl-Marx-Allee

Sechs weitere Pavillons sollen zwischen Alex und Schillingstraße errichtet werden – der ursprünglichen Planung folgend



Abgesehen vom derzeitigen Umbau der Magistrale, wird die Karl-Marx-Allee in den kommenden Jahren eine bedeutende Veränderung erfahren: Zu den bereits vorhandenen, in den 60er Jahren erbauten Pavillons entlang der Allee werden zwischen dem Alexanderplatz und dem U-Bahnhof Schillingstraße weitere sechs Pavillons entstehen – den Intentionen der ursprünglichen Planung folgend.

Das Gebiet Karl-Marx-Allee II. Bauabschnitt, kurz KMA II genannt, wurde ab 1959 bis Ende der 1960er Jahre erbaut und gilt heute als herausragendes Beispiel der Nachkriegsmoderne der DDR. Deshalb ist es auch seit 2015 ein Erhaltungsgebiet und das erste Gebiet der Moderne überhaupt, das bundesweit in das Förderprogramm »Städtebaulicher Denkmalschutz« aufgenommen wurde. Zudem wird die Aufnahme der KMA II in das UNESCO-Weltkulturerbe angestrebt.

Die KMA II symbolisierte den damaligen Aufbruchsgest, aber auch den Bruch des DDR-Städtebaus mit den traditionalistischen Prinzipien der frühen 50er Jahre, es stand in Kontrast zum Zuckerbäckerstil der damaligen Stalinallee (KMA I).

Die mehrspurige Magistrale ist gesäumt von zehn- bzw. achtgeschossigen Wohnscheiben. Besonders prägend für den repräsentativen Charakter der Allee waren die den Wohnbauten vorgelagerten Pavillons sowie einige Sonderbauten. Sie sollten für Weltstadtfair sorgen und mit attraktiven, überregional interessanten Angeboten

zum Flanieren an der Magistrale einladen. So entstanden sechs zweigeschossige Pavillons mit der »Mokka-Milch-Eisbar« dem »Blumenhaus Interflor«, dem »Kosmetiksalon Babette« und dem »Modsalon Madeleine«, dem »Schuhhaus Zentrum« und dem Geschäft »Kunst im Heim« sowie als Sonderbauten das Kino »International«, das 14-geschossige Interhotel »Berolina« und das »Café Moskau«. Hier flanierte man, hier ging man ins Kino, tanzte im angeschlossenen Jugendclub oder traf sich in der legendären »Mokke«.

Während die Karl-Marx-Allee ganz klar einem überregionalen Anspruch folgte, wurde die Schillingstraße, die als Achse die Karl-Marx-Allee mit der Holzmarkstraße verbindet, damals als Nahversorgungszentrum mit Ambulatorium sowie Läden für den täglichen Bedarf konzipiert. Anders als die serienmäßig gefertigten Wohnbauten waren die Pavillons und Sonderbauten an der Karl-Marx-Allee Unikate mit spezieller Architektur und Fertigung. Sie fielen insbesondere durch große Fensterscheiben und lichtdurchflutete Transparenz auf. Doch die ursprünglichen Planungen wurden nie vollendet: der Bau weiterer Pavillons zwischen Schillingstraße und Alex inklusive eines Pavillons, der den U-Bahnhof Schillingstraße wie eine Passerelle aufnimmt, wurde aus unterschiedlichen Gründen nicht mehr realisiert.

Im Zuge der Ausweisung des Gebiets KMA II als Erhaltungsgebiet und als Fördergebiet im Programm »Städtebaulicher Denkmalschutz«, vor allem aber auch mit Blick auf die Weltkulturerbe-Bewerbung als herausragendes Beispiel der städtebaulichen Nachkriegsmoderne wurden diese alten Planungen wieder aufgegriffen. Der Bezirk Mitte und das Land Berlin knüpfen nun mit einer neuen Konzeption daran an: Der ursprünglichen städtebaulichen und typologischen Logik folgend, sollen entlang der Allee bis zur Einmündung zum Alex weitere sechs Pavillons errichtet werden, zweigeschossig, in der charakteristischen Transparenz mit großzügigen Glasfassaden und deutlicher Erkennbarkeit der typischen Materialien- und Formensprache. Sie sollen jedoch keine simple Kopie der bestehenden Pavillons sein, sondern moderne, zeitgemäße Interpretationen, die aber in der Form »Familienähnlichkeit« erkennen lassen. Und: Sie sollen als gesellschaftlich-kulturelle Bauten öffentlichen Nutzungen dienen. Auch darin folgt die Stadtentwicklung der originären Idee für die »KMA II«.

Diese Überlegungen war der Ausgangspunkt für ein komplexes Planungs- und Entwicklungsverfahren, das im Jahr 2017 begann. Dabei wurde wegen der speziellen Anforderungen und Vorgaben kein großer internationaler Architekturwettbewerb ausgelobt, stattdessen entschied sich der Bezirk für ein Werkstattverfahren in mehreren Stufen.

Von Anfang an war es ein partizipatives Vorhaben, an dem nicht nur unterschiedlichste Fachämter, Denkmalpfleger, Freiraum- und Verkehrsplaner sowie zahlreiche Experten beteiligt waren, außerdem fand eine große Informationsveranstaltung für die Bürgerinnen und Bürger statt.

Dieses Werkstatt-Verfahren zur Konzeptfindung und Konkretisierung ist nun mit dem letzten Gutachtertermin im November 2019 abgeschlossen.

Mehr zum Verfahren, dem Ablauf, den Ergebnissen und den Nutzungen finden Sie auf den folgenden Sonderseiten.

us

SCHWERPUNKT PAVILLONS

»Der Bezirk hat den Erhaltungswert schon früh erkannt«

Ein Interview mit Kristina Laduch, Bezirksamt Mitte



Kristina Laduch ist Leiterin des Fachbereichs Stadtplanung im Stadtentwicklungsamt Berlin Mitte und federführend im Werkstatt-Verfahren zu den neuen Pavillons

Frau Laduch, der Bezirk und in Persona Sie selbst haben sich schon lange für das Gebiet KMA II eingesetzt. Dabei sah es Mitte, Ende der 90er Jahre eher düster aus, als der Stadtentwicklungssektor 1996 den viel kritisierten »Masterplan Berliner Innenstadt« vorlegte, der u.a. über das Gebiet den alten barocken Straßengrundriss legte. Damals hatte die städtebauliche Nachkriegsmoderne nicht allzu viele Verteidiger. Wie kam es schlussendlich doch dazu, dass der Bezirk nun neue Pavillons konzipiert? Das 1996 präsentierte Planwerk Innenstadt wurde bis 1998 in Werkstätten diskutiert, Es gab Rundgänge in planungsbetroffenen Gebieten. Daraus resultierten Dissenspläne als Ergänzung zum Planwerk, die vor allem die unterschiedlichen Auffassungen im Umgang mit dem sozialistischen Städtebau darstellten. Schon zu diesem Zeitpunkt erkannte der Bezirk die besonderen Qualitäten, die Unverwechselbarkeit und die unbedingte Erhaltenswürdigkeit des Gebiets, noch dazu, da sich zu dieser Zeit niemand aus der Immobilienbranche so wirklich für das Gebiet interessierte. Es kam zur Konfrontation zwischen dem Senator, dem Senatsbaudirektor und dem Bezirk Mitte.

Um das Gebiet auch vor dem Planwerk zu schützen und Veränderungsprozesse, die auf das Stadtgebiet zukommen könnten, besser steuern zu können, stellte der Bezirk Bebauungspläne auf. Im Jahr 2000 wurde als zusätzliches Sicherungsinstrument eine Erhaltungssatzung durch den Bezirk beschlossen, die eigentlich nur mit der Zustimmung der Senatsverwaltung hätte erlassen werden können. Der Bezirk hatte sich um diese Zustimmung nicht bemüht. 2016 wurde die überarbeitete und konkretisierte Fassung erneut durch die BVV Mitte beschlossen.

Zu dieser Zeit wurde die KMA II dann sogar Fördergebiet ...

Als das Planwerk in seiner ursprünglichen Form um 2000 keine Akzeptanz mehr hatte, wurde das Gebiet mit der überarbeiteten Fassung der Satzung auch als potentiell Fördergebiet im Programm »Städtebaulicher Denkmalschutz« interessant. Seitens der Senatsbauverwaltung gab es zu diesem Zeitpunkt wenig Unterstützung. Der sozialistische Städtebau war noch nicht im Fokus der Stadtplaner und Denkmalpfleger. Erst als der Landesdenkmalrat seine Begeisterung für die Bebauung der KMA II zum Ausdruck brachte gelang es uns, auch die Bundeskommission Denkmalschutz von den Qualitäten zu überzeugen.

Die Erhaltung ist das eine – aber wie kam es zu der Entscheidung, auch neue Pavillons zu bauen?

Als Baufelder waren die Standorte für die Pavillons schon immer in den Bebauungsplänen dargestellt, denn es ging uns auch darum, das Stadtgebiet fertig zu bauen und zu vollenden, was in den 60iger Jahren nicht geschafft wurde. Schon relativ früh gab es Interessierte, die sich mit dem Thema der Vollendung des Städtebaus an der Karl-Marx-Allee beschäftigten. Der Kulturhistoriker Thomas Flierl erarbeitete im Auftrag der WBM (Wohnungsbaugesellschaft Mitte), die Eigentümerin der meisten potenziellen Bauflächen für die Pavillons ist, eine Dokumentation zur Planungsgeschichte der Bestandsgebäude. Diese Dokumentation hatte Signalwirkung. Gemeinsam mit der WBM wurde beschlossen, an die ursprüngliche Planung anzuknüpfen und die damals nicht mehr realisierten Pavillons in zeitgemäßer Adaption zu planen. Auf dieser Grundlage konnte das Ideenfindungsverfahren beginnen. Ungeklärt war zu diesem Zeitpunkt die Frage, wer die Pavillons bauen und nutzen kann. Die erste Werkstatt fand im Oktober 2017 statt. Ziel war es, eine städtebauliche Idee zu finden, die eine Umsetzung der Bauwerke ermöglichen sollte. Es war

notwendig, die Aufgabenstellungen so zu formulieren, dass die teilnehmenden Büros umsetzungsfähige Entwürfe abliefern konnten. Von sechs eingeladenen Büros nahmen fünf an den Werkstätten teil. Ein Büro verabschiedete sich aus terminlichen Gründen aus dem Verfahren. Die Gutachter, Eigentümer und Fachleute, die das Verfahren begleitet haben, entschieden sich für den Entwurf des Büros AFF Architekten, den Entwurf von Kawahara Krause Architekten und den von mghs Architekten.

Warum ein Werkstatt-Verfahren mit ausgewählten Büros statt eines internationalen, offenen städtebaulichen Wettbewerbs?

Bei einem uneingeschränkten Wettbewerbsverfahren wäre es nicht möglich gewesen, so konkrete Vorgaben, wie es in diesem Verfahren notwendig war, zu machen. Der offene Wettbewerb hätte zu Ergebnissen führen können, die das Thema »Pavillons« und den Geist des Ortes vielleicht nochmals auf den Prüfstand gestellt hätten. Er hätte eine Chance sein können, aber auch eine Gefahr für die Umsetzung. Wir haben uns entschieden, dieser Gefahr aus dem Weg zu gehen. Es sollten Entwürfe einer »Gestaltungsfamilie« für die Pavillons gefunden werden, die bestimmte Grundregeln, die man an den Bestandspavillons ablesen kann, einhalten. Dazu gehören die Kubaturen der Baukörper, Formate von Fenstern und Türen, der Sonnenschutz, bestimmte Materialien, die Farbigkeit, die Zweigeschossigkeit und die Transparenz. Von Anfang an war klar: die »neuen« Pavillons müssen für öffentliche Nutzungen, für bildungs- und kulturelle Zwecke zur Verfügung stehen. Eine kommerzielle Verwertung wurde von Seiten des Bezirksamtes definitiv ausgeschlossen. Überregionale Angebote, entsprechend des Charakters der Karl-Marx-Allee, sollen an diesem Ort platziert werden. Gebietsbezogene Nutzungen und Nahversorgungen für die Bewohner sollen zukünftig in der Schillingstraße verortet werden. Die Bürger des Wohngebietes wurden an den Planverfahren des Fördergebietes mehrmals beteiligt und auf einer öffentlichen Veranstaltung wurden Vorschläge und Ideen der Bewohner für zukünftige, mögliche Nutzungen aufgenommen. Diese Vorschläge haben wir ausgewertet. Wahrscheinlich können nicht alle Wünsche der Bürger in den Pavillons an der Allee berücksichtigt werden. Wir sind als Bezirksamt bemüht, diese Nutzungsvorschläge zukünftig in geeigneten Baulichkeiten unterzubringen.

Interview: Ulrike Steglich

Das Werkstattverfahren

»Sechs neue Pavillons für die Karl-Marx-Allee«
– Akteure und Ablauf

Teilnehmende Büros:

- Brenne Architekten
- Brandlhuber Architekten
- AFF Architekten
- Kawahara Krause Architekten
- Herzog de Meron (Absage)
- mghs Architekten

Gutachter:

Matthias Sauerbruch, Oda Palmke, Thomas Flierl, Florian Hertweck, Jan-Robert Kowalewski, Jörg Haspel, Regula Lüscher, Ephraim Gothe, Kristina Laduch sowie Sachverständige der Fachverwaltungen der Senatsverwaltung und des Bezirkes

Chronologischer Ablauf

Auftaktkolloquium

1. Werkstatt – 23.10.2017

- Einführung in das Gebiet
- Erläuterungen zur Planungsgeschichte und zu städtebaulichen Instrumenten zur Entwicklung der KMA II
- Vorstellung des Verfahrens, der eingeladenen Büros und der Gutachter
- Konkretisierung der Aufgabenstellung, Vereinbarung zum weiteren Verfahren
- Lokalisierung der Pavillonstandorte
- Entwicklung der drei Typenbauten (L-, T-Typ + Sonderbau am Kino) in einer Gestaltfamilie
- Inhaltliche Betrachtung:
 - der Eingangsbereiche u. Erschließung
 - der technischen Infrastruktur
 - der Bezüge der Pavillons zueinander und in ihren Zwischenräumen und rückwärtigen Räumen

2. Werkstatt-Termin – 4.12.2017

- gemeinsamer Spaziergang entlang der KMA
- Vorstellung der Entwürfe zu den städtebaulichen Untersuchungen durch die eingeladenen Büros
- Stellungnahme der Sachgutachter zu den Entwürfen
- Fachdiskussionen mit den Büros sowie den Fachgutachtern und Sachverständigen zur Größe der Pavillons, insbesondere zur Länge, und zum Sonderbau am Kino

3. Werkstattgespräch – 21.02.2018

- Präsentation der weiterentwickelten Entwürfe durch die teilnehmenden Architekturbüros, die entsprechend der Empfehlungen auf der Grundlage der zweiten Werkstatt erarbeitet wurden
- Fachdiskussion mit den Sachverständigen und Gutachtern zu den vorgestellten Planungen
- Vereinbarung zur Durchführung einer öffentlichen Informationsveranstaltung am 09. Mai 2018

Informationsveranstaltung – 09.05.2018

Am 9. Mai 2018 fand eine große öffentliche Informationsveranstaltung zu den Pavillons im ehemaligen BVV-Saal des Rathauses Mitte statt.

Sie umfasste folgende Programmpunkte:

- Thomas Flierl, Historiker: Einführung in die Planungsgeschichte der Pavillons in den 50er und 60er Jahren
- Kristina Laduch, Fachbereichsleiterin des Stadtentwicklungsamts: Vorstellung der aktuellen Planung und des Werkstattverfahrens
- Thomas Flierl: Zum Weltkulturerbe-Antrag und zur Welterbe-Verträglichkeit
- Fred Sommermeier (WBM): Realisierungsperspektiven
- Verfahren zur Nutzungsfindung
- Nachbarschaftsrat: Vorstellung der Ideensammlung zu möglichen und wünschenswerten bzw. nicht wünschenswerten Nutzungen der Pavillons

Die Informationsveranstaltung war gut besucht: etwa 100 AnwohnerInnen nahmen teil. Das Vorhaben der Neubauten von Pavillons wurde allgemein gut von den AnwohnerInnen aufgenommen. Wichtig war ihnen insbesondere die Vermeidung von unattraktiven städtebaulichen Rückseiten an den Pavillons. Julia Dobbert (Nachbarschaftsrat KMA II) stellte die gesammelten Wünsche des NBR vor. Außerdem wurde bereits im Vorfeld und auch bei der Veranstaltung ausdrücklich um die Meinungen und Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger gebeten. Dazu wurden Postkarten verteilt, auf denen Anmerkungen, Vorschläge und Wünsche notiert werden konnten und die beim Büro KoSP als Prozesssteuerer abgegeben bzw. eingeschickt werden konnten. Das KoSP wertete anschließend alle eingereichten Karten aus.



Zur öffentlichen Informationsveranstaltung ist auf der offiziellen Website das ausführliche Veranstaltungsprotokoll als PDF zum Download verfügbar.

1. Gutachterbesprechung – 25.06.2018 Festlegung:

- Vorplanungsunterlage soll als bindende Grundlage für spätere Bauherren erarbeitet werden
- Herr Flierl erarbeitet im Auftrag der WBM Studien für eine nicht kommerzielle öffentliche, allgemein zugängliche und gemeinwohlorientierte Nutzung der Pavillons
- Schwerpunkte der zukünftigen Nutzungen sollen Kunst, Kultur und Bildung sein

2. Gutachterbesprechung – 05.03.2019 (Termin bei der Senatsbaudirektorin) Festlegung:

- Die Pavillons sollen in serieller Bauweise errichtet werden und sollten aus einer Hand beauftragt werden
- Wünschenswert wäre, dass die Umsetzung von einer Baudienststelle ermöglicht wird
- Die Grundstücksbildung ist vorzubereiten
- Die Vorplanungsunterlage ist bei der Vergabe der Grundstücke in Erbpacht bindend
- Die Vergabe der Grundstücksflächen ist durch das Land Berlin zu regeln

4. Werkstatt-Termin – 12.09.2019

- Präsentation der Entwürfe der beteiligten Büros
- Auswertung der Ergebnisse durch Gutachter und Experten, Schlussfolgerungen und Arbeitsaufträge für die Büros zur Überarbeitung der Entwürfe
- Auswahl der Büros für die zu realisierenden Pavillontypen (siehe auch Seiten 13–15)

Ausgewählt wurden:

AFF-Architekten, mghs Architekten und Kawahara Krause Architekten. Brenne Architekten schieden auf eigenen Wunsch wegen eines Krankheitsfalls im Büro aus. Auch das Büro Brandlhuber Architekten schied im Laufe des Verfahrens aus. us

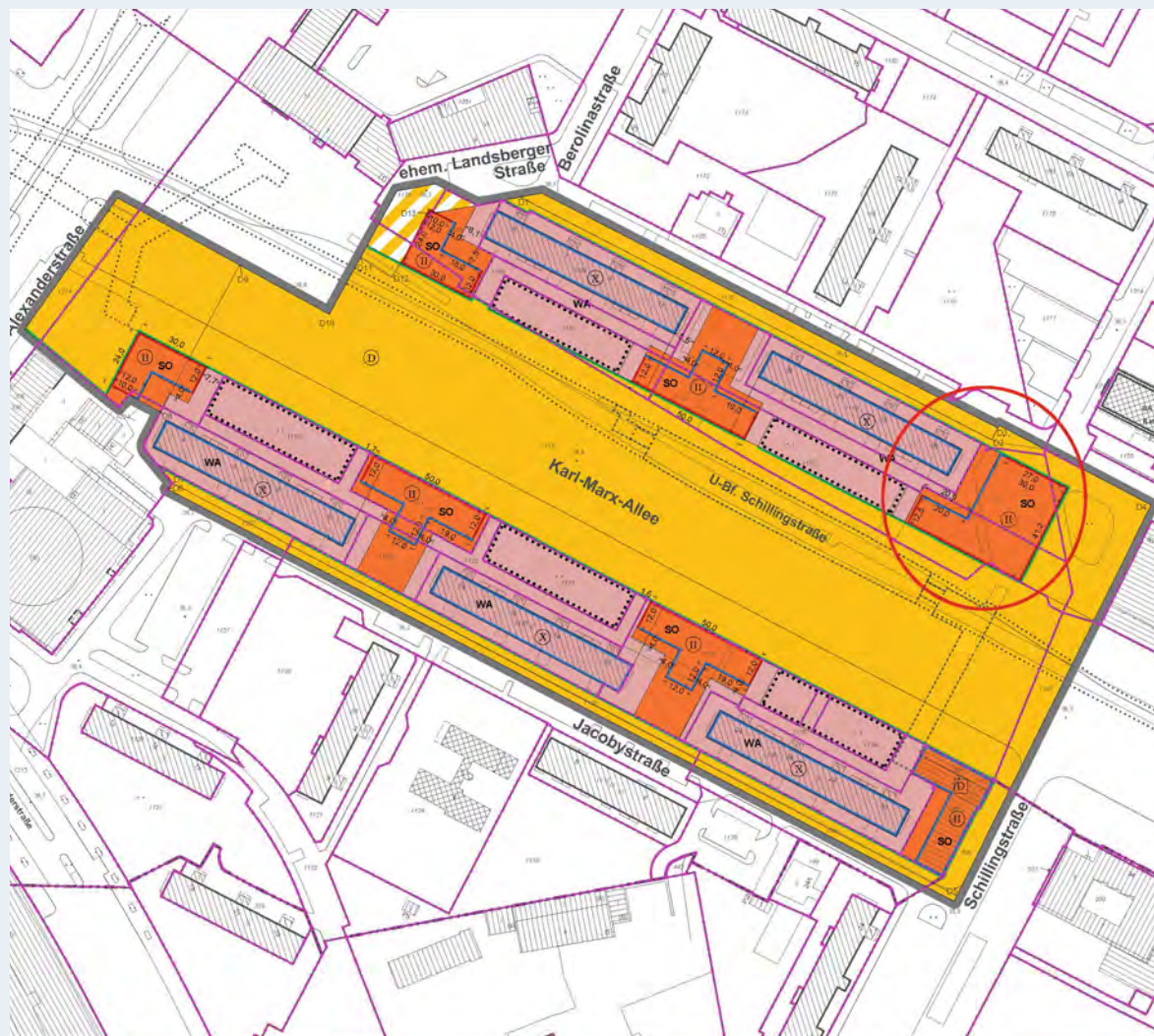


Abb.: Bebauungsentwurf 1-82e »Karl-Marx-Allee West« mit hervorgehobenen Flurstücksgrenzen

Anordnung der neu zu bauenden Pavillons – die Baufelder sind orange markiert. Der Sonderbau neben dem Kino International (im roten Kreis) entspricht noch nicht der letztendlichen Form.

Ziele und Vorgaben des Verfahrens

Der konzeptionelle Ansatz zur Vervollständigung der KMA mit neuen Pavillons besteht im kritisch-behutsamen Weiterbau des heutigen Bestandes, in Kenntnis der Planungsgeschichte und in respektvollem Bezug auf die vorhandenen Pavillons. Die neuen Pavillons sollen in Gebäudekubatur, Transparenz und Materialität den vorhandenen ähneln, dabei aber eine eigene, zeitgenössische Gestaltfamilie ausbilden. Im Rahmen der Bebauungsplanverfahren im Fördergebiet der KMA II, einem Sicherungsinstrument der Planung, wurden bereits seit Jahren Bauflächen für die Pavillons vorgehalten.

Vorgaben

- Zu errichten sind sechs neue Pavillons zwischen dem U-Bhf. Schillingstraße und der Einmündung in den Alexanderplatz.
- In Anlehnung an die vorhandenen Pavillons sind Prototypen für L- und T-förmige Bauten zu entwickeln sowie ein Entwurf für einen Sonderbau am Kino International.

- Die Baufelder sowie die vorgegebenen straßenseitigen Baufluchten sind einzuhalten (siehe Lageplan).
- Die formulierten Leitlinien hinsichtlich der Kubatur und der Abmessungen, der grundsätzlichen Fassadengestaltung und Gliederung, der Materialität sowie Werbung sind verbindlich.
- Eine Durchsicht von der Straßenfassade in den straßenabgewandten Raum ist herzustellen.

Kubus (Sonderbau am Kino International): Die vorgeschlagene Sonderform des Pavillons westlich des Kinos International spiegelt die Situation des Cafe Moskau und der Bar Babette wider (Kubus plus Solitär). Da der Kubus im Vorfeld des Verfahrens noch nicht Gegenstand der Erörterung war, waren besonders hier Variantenuntersuchungen erwünscht.

Leitlinien für den Außenraum:

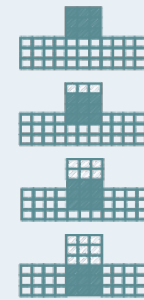
- keine Trennung in öffentlich/nicht-öffentlichen Bereich
- Weitestgehender Erhalt der Straßenbäume

Pavillon-Entwurf des Büros AFF Architekten

Ansicht Karl-Marx-Allee



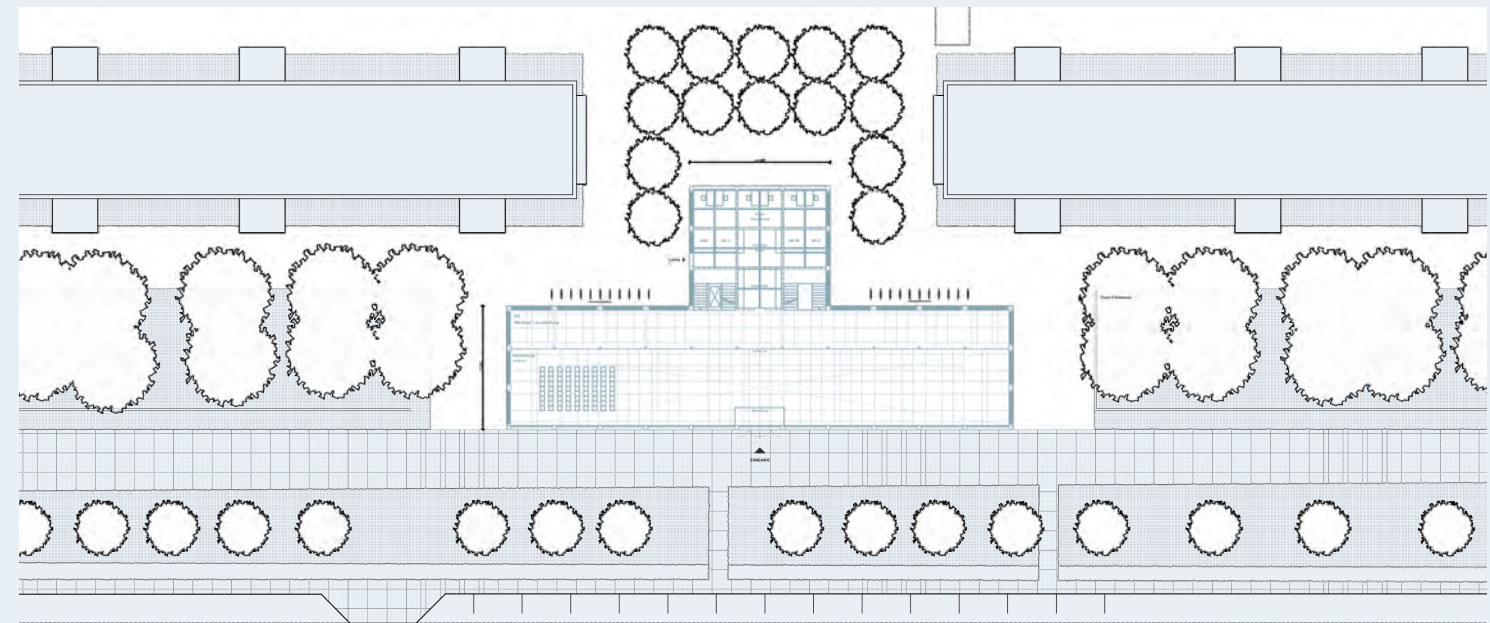
Jedes der beteiligten Büros erarbeitete zunächst Entwürfe für alle drei Bautypen (T-förmige Pavillons, L-förmige Pavillons, Sonderbau), die im Zuge des Werkstatt-Verfahrens immer weiter überarbeitet und konkretisiert wurden.



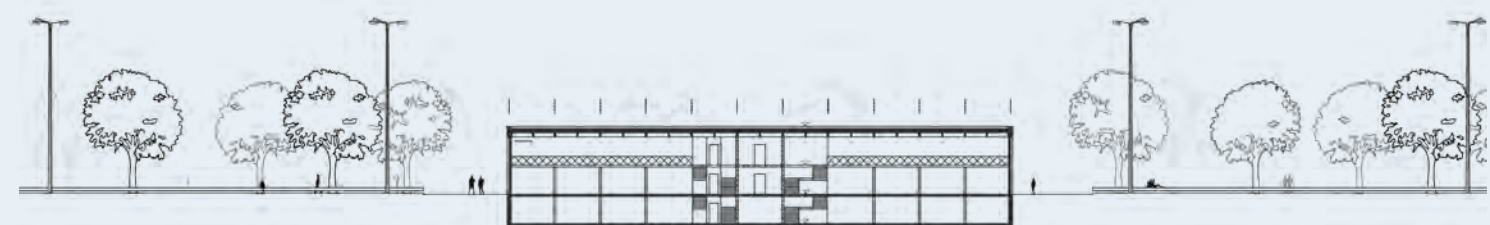
Flexibilität des Kerns

AFF wurde 1999 von Absolventen der Bauhaus-Universität in Weimar gegründet. In der Tradition des Werkstattgedankens stand die Idee im Vordergrund, ein Büro zu gründen, in dem die Teamarbeit engagierter Architekten entscheidend ist. Die Arbeit des Teams basiert laut Selbstbeschreibung »auf dem Verständnis von Architektur als etwas Objekthaftem. AFF hinterfragt, in welchem Verhältnis das Objekt zu seinem Ort und zum Charakter seiner Aufgabe steht.« Seit 1999 hat das Büro mit Sitz in Berlin zahlreiche Bauten und Sanierungs- bzw. Erneuerungsprojekte realisiert und verfügt über große Erfahrungen im Umgang mit Bauten der Moderne.

Die Gutachter überzeugte am meisten die von AFF entwickelte Variante der T-förmigen Bauten. Die damals ursprünglich geplanten T-Bauten wurden nie realisiert, insofern war dieser Typus in gewisser Weise Neuland. Die AFF-Variante orientiert sich dennoch stark an den Vorgaben und am klassischen Erscheinungsbild der Bestandsbauten und wurde als schlüssig und am meisten durchdacht beurteilt. AFF wurde deshalb als Architekturbüro für die T-förmigen Bauten entlang der KMA ausgewählt (siehe Lageplan).



Grundriss Erdgeschoss (oben) und Längsschnitt (unten)



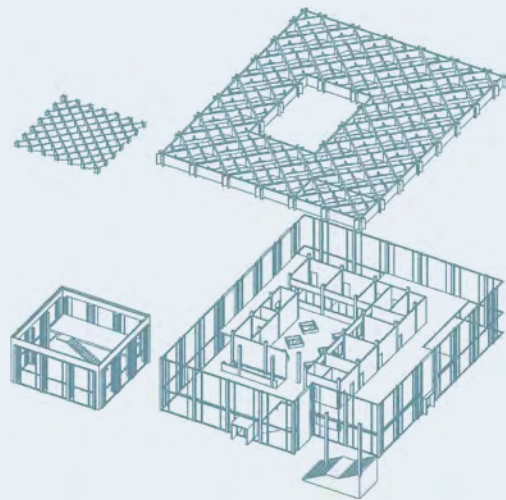
Pavillon-Entwürfe des Büros Kawahara Krause Architekten



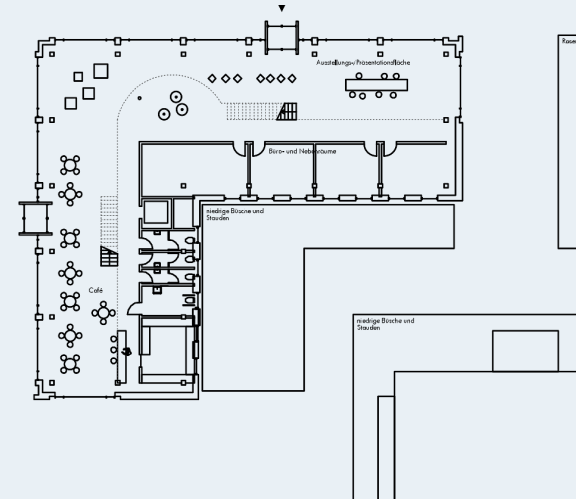
Innenansicht
Pavillon

Kawahara Krause Architekten ist ein noch junges Hamburger Zwei-Personen-Büro. Das Team bilden Ellen Kristina Krause und Tatsuya Kawahara. Die Architekten führten 2007/2008 ihr Büro zunächst in Tokyo, danach in Hamburg, wo sie bis heute tätig sind. Als einziges teilnehmendes Büro sind Kawahara Krause Architekten nicht in Berlin ansässig. Die Gutachter hofften sich damit auch einen frischen, unverstellten Blick »von draußen« auf die Aufgabe.

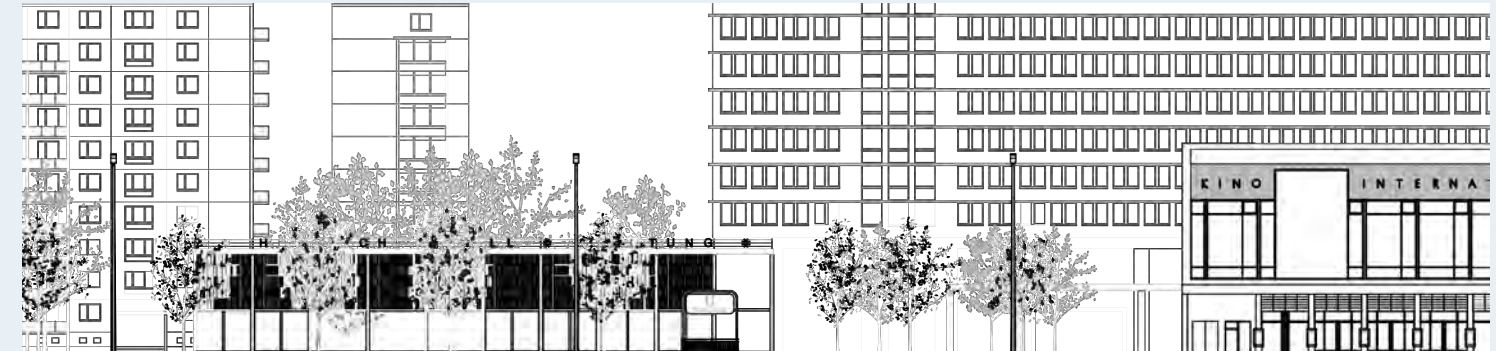
Modellansichten
und Grundrisse



Die Jury überzeugte unter den von Kawahara Krause präsentierten Entwürfen am meisten jener zu den L-förmigen Bauten wegen der Originalität der Interpretation. Die in den ersten Entwürfen stark raumdominierende Deckenkonstruktion wurde in den folgenden Überarbeitungen zurückhaltender und dezenter gestaltet. Kawahara Krause wurde deshalb als Architekturbüro für die beiden neu zu errichtenden L-förmigen Bauten ausgewählt, die neben dem Haus des Lehrers sowie dem Haus der Statistik verortet sind. (siehe Lageplan).



Entwurf Sonderbau des Büros mghs Architekten

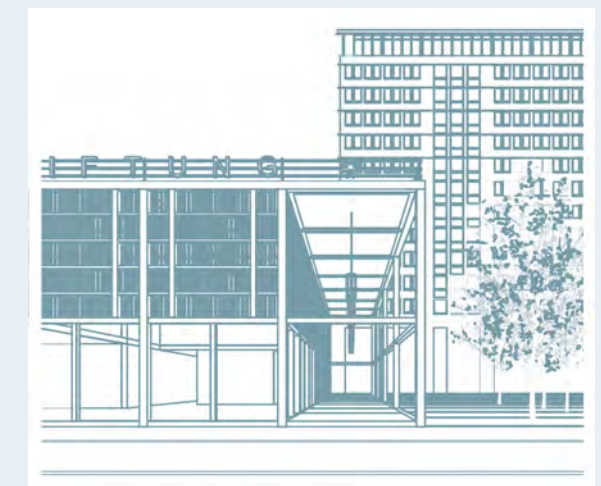
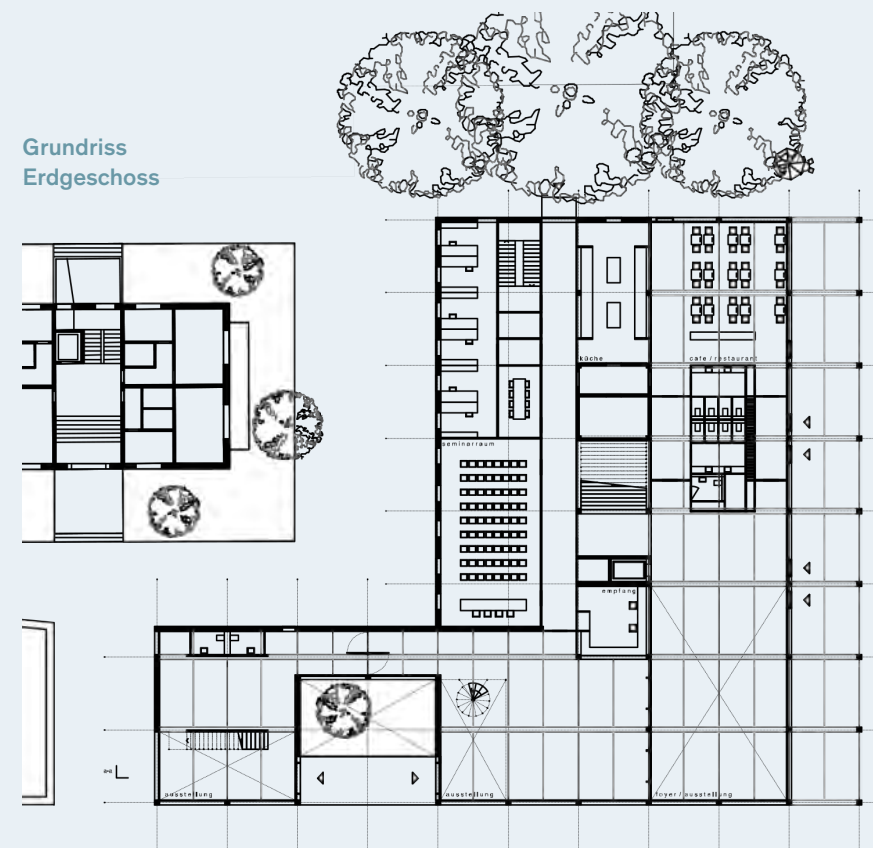


Straßenfassade zur
Karl-Marx-Allee

Das in der Wendezeit 1990 gegründete Berliner Büro mghs (Meyer Große Hebestreit Sommerer Architekten und stadtplaner) ist ein langjährig bewährtes Team. Vor 1990 waren die vier Architekten im VEB BMK Ingenieurhochbau Berlin tätig. mghs verfügt von allen teilnehmenden Büros wohl über die größte Erfahrung im behutsam-respektvollen Umgang mit der sozialistischen Nachkriegsmoderne und auch mit dem Gebiet KMA II. U.a. arbeitete das Büro in den Jahren 2015/2016 an der Erhaltungssatzung für das Gebiet und der Aktualisierung des Bebauungsplans mit. Die Gutachter überzeugte unter allen Büros die von mghs entwickelte Variante eines Sonderbaus auf der westlichen Seite des Kinos International. Hier waren besondere Vorgaben zu beachten, etwa die Berücksichtigung der stadträumlichen Bezüge zum Kino, zum Cafe Moskau und der Bar Babette, die Platzbildung mit dem Kino und

dem südlichen Rathauseingang sowie die Aufnahme des U-Bahneingangs Schillingstraße unter Nutzung der vorhandenen Passerelle. Die mghs-Variante beeindruckte durch die Souveränität des Entwurfs für einen zuvor nicht näher definierten Baukörper, der gleichermaßen respektvoll und zeitgemäß mit den Bestandsbauten korrespondiert. mghs wurde deshalb als Architekturbüro für den Sonderbau neben dem Kino ausgewählt. Grundsätzliches Ziel bei den Pavillon-Neubauten ist die Herstellung einer Einheitlichkeit über die Materialität, Farbe, Fensterteilungen, Werbung, Sonnenschutz und die Außenraumgestaltung. Die künstlerische Gesamtaufsicht soll durch das Büro mghs architekten erfolgen. Für die freiraumplanerische Gesamtaufsicht wird das Landschaftsplanungsbüro Birgit Hammer vorgeschlagen.

Grundriss
Erdgeschoss



Zugang Heinrich Böll Stiftung mit
Arkade als »Brücke« zum Rathaus (oben),
Längsschnitt (unten)



Wie geht es weiter?

Mögliche Nutzungen und ein Ausblick

In der nächsten Phase müssen die Grundstücke abschließend geordnet und auch formal gebildet werden. Dabei geht es vor allem um die Übertragung öffentlichen Straßenlandes an die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft Berlin Mitte als Eigentümerin der Baugrundstücke – die Flächen verbleiben damit in öffentlicher Hand. Dieser Prozess könnte über ein Jahr lang dauern. Erst bei abgeschlossener Ordnung der Grundstücke können diese von der WBM in Erbbaupacht o.a. an Träger bzw. Nutzer vergeben werden.

Das Werkstattverfahren wurde mit dem letzten Termin im November beendet. Die Entwürfe wurden nach den Vorgaben der Gutachter überarbeitet, im Rahmen der Vorplanungsunterlagen wird es aber evtl. noch an einigen Stellen Anpassungen geben. Doch auch dann sind es noch keine verbindlichen Bauplanungen. Auch die künftigen bzw. potentiellen Nutzer der Pavillons stehen noch nicht verbindlich fest. Daher bleiben bis auf weiteres die konkrete Art der Nutzungen offen. Für die Vorplanungsunterlagen (VPU) wird es Gespräche zwischen Architekten und Nutzern geben, um das Raumprogramm bereits gut in der VPU abbilden zu können.

Doch von Anfang an stand fest, dass kommerzielle Nutzungen, etwa Geschäfte oder auch private Galerien, ausgeschlos-

sen sind. Die KMA II und insbesondere die Magistrale selbst ist ein zu wichtiger, sensibler Ort, um ihn rein kommerziellen Interessen zu überlassen. In den 2000er Jahren wurde der Fehler gemacht, die Bestandspavillons an private Eigentümer zu verkaufen. Das Ergebnis waren der Öffentlichkeit nicht zugängliche Räume wie beim Cafe Moskau, mittelmäßige Gastronomie und verkorkte Innenräume wie beim Albert's, das in diesem Jahr schloss, oder hoffnungslos zugestellte und ästhetisch wenig attraktive Räume wie bei Fahrrad Flöckner.

Vielmehr sollen die Pavillons für öffentlich zugängliche Nutzungen von gesamtstädtischer, überregionaler Bedeutung zur Verfügung stehen, vorzugsweise für Bildungs- und kulturelle Zwecke. Dafür sind natürlich kommunale Träger prädestiniert, und erste konkrete Vorschläge gibt es auch: So würde die Senatskulturverwaltung die Trägerschaft für zwei Pavillons auf der Südseite der Karl-Marx-Allee übernehmen und dort Einrichtungen unterbringen, die in ihren bisherigen Mietobjekten von Vertreibung durch profitorientierte Eigentümer bedroht sind und Ersatzstandorte brauchen. Dabei handelt es sich um die Neue Gesellschaft für Bildende Kunst und das Werkbund-Archiv »Museum der Dinge«. Dafür hat der Senat bereits Gelder im Haushalt eingestellt.

Auch der Bezirk Mitte (hier ebenfalls der Fachbereich Bildung und Kultur) hat großes Interesse an einem Pavillon als möglichen Kultur- und Bildungsstandort. Das käme den Anwohnern entgegen, die die Schließung der früheren Bertolt-Brecht-Bezirksbibliothek als großen Verlust eines zentralen Kommunikations- und Kulturortes im Gebiet empfanden. Großes Interesse hat auch die Grünen-nahe Heinrich-Böll-Stiftung, die gern den Sonderbau am Kino International als offenes Kommunikations-, Veranstaltungs- und Bildungszentrum nutzen würde. Auch ein Café wird dann wohl dazu gehören. Die klassischen Büroräume bleiben hingegen am Stiftungsstandort Reinhardtstraße. Der L-Pavillon beim Haus des Lehrers am Eingang der Karl-Marx-Allee könnte von der WBM selbst übernommen und evtl. auch genutzt werden. Weitere Nutzungen sind noch völlig offen. Eventuell ließe sich ja auch ein Kieztreff o.ä. unterbringen, den die Anwohner oft wünschen? In jedem Fall verbleiben alle Pavillons bei der öffentlichen Hand.

Generell gilt: Die Pavillons sind, auch wenn sie kommunal verwaltet bzw. genutzt werden, keine Wolkenkuckuckshäuser. Der Bau und der Betrieb müssen finanziert werden, die Bauten müssen auch betriebswirtschaftlich funktionieren und vertretbar sein. Es braucht Bauherren, die in der Lage sind, ein solches Vorhaben zu schultern, und starke Träger, die genügend Erfahrung mitbringen für den langfristigen Betrieb und die Nutzungsmöglichkeiten eines solchen Ortes. Kleine ehrenamtliche Kiezinitiativen wären damit überfordert, aber sie sind ja als mögliche kleinere Nutzer von Räumen nicht ausgeschlossen. Damit die Pavillons in die Realisierung gehen können, bedarf es noch umfangreicher Vorarbeiten und Abstimmungsverfahren mit politischen und fachlichen Gremien. Diese Verfahrensschritte müssen in der Abfolge gut aufeinander abgestimmt sein: die Bauherren- und Trägerschaftsfrage muss zügig geklärt werden, und spätestens für die verbindliche Bauplanung sollten die Nutzer dann feststehen, damit der Raumforderungen entsprechend architektonisch umgesetzt werden können.

us

Ergebnisse des Beteiligungsprozesses Berolinastraße



Die WBM und der Verein Rad und Tat planen an der Berolinastraße einen Neubau für ein inklusives und generationsübergreifendes Wohnprojekt für lesbische Frauen. Von April bis Juni 2019 wurden in drei Veranstaltungen die Wünsche und Anregungen der Nachbarschaft zur Freiraumgestaltung und zu Angeboten im Erdgeschoss gesammelt. Alle Ideen wurden in den vergangenen Wochen intensiv geprüft. In den Bauantrag fließen unter anderem folgende Ergebnisse ein:

- Aktiv nutzbarer offener Innenhof mit attraktiven und kommunikativen Begegnungsorten
- Sport- und Spielgeräte auch für Erwachsene, v.a. für ältere Menschen
- Mehr Sitzgelegenheiten
- Erweiterbare Hochbeetflächen mit Angeboten für die Quartiersbewohner*innen
- Heimische Sträucher und Bäume, u.a. mit essbaren Früchten oder Vogelnahrung
- Erhalt bzw. Nachpflanzung von Bäumen / Kompensation notwendiger Fällungen innerhalb des Quartiers
- Staudenvielfalt und Blühwiesen, z.B. für Bienen und Schmetterlinge
- Neuer Treffpunkt mit Nutzungsangeboten für die Quartiersbewohner*innen im Neubau (Café und Veranstaltungsraum)

Der Bauantrag soll noch im Dezember 2019 eingereicht werden. Der Baubeginn ist aktuell für Mitte 2021 geplant, die Fertigstellung soll ca. Ende 2022 erfolgen.

Weitere Informationen zum Beteiligungsverfahren, einschließlich der Dokumentation der Werkstatt am 12.06.2019, finden Sie unter: <https://www.wbm.de/neubau-berlin/partizipation/beteiligung-berolinastrasse> Kontakt: berolina@list-gmbh.de



Protokolle zu Info- und Beteiligungsveranstaltungen online

- Das Bezirksamt Mitte von Berlin hatte am 10. September in die ehemalige Bibliothek im Kino International eingeladen, um den aktuellen Planungsstand zur Sanierung der Platsche Singerstraße und Neugestaltung der umgebenden Grünflächen vorzustellen. Das Protokoll der Veranstaltung ist nun online.
- Am 29. August fand die Beteiligungsveranstaltung für die Neugestaltung des Spielplatzes Holzmarktstraße / Iflandstraße statt. Im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung stellte das Landschaftsarchitekturbüro die Planungen für die Neugestaltung des Spielplatzes vor. Zudem konnten die AnwohnerInnen ihre Anmerkungen, Ideen und Vorschläge mit den PlanerInnen und VertreterInnen des Straßen- und Grünflächenamts diskutieren.
- Am 3. September 2019 fand die Beteiligungsveranstaltung für die Erneuerung der Spiel- und Grünfläche südlich Mollstraße 8–11 statt. Im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung stellte das Landschaftsarchitekturbüro die Planungen für die Neugestaltung des Spielplatzes vor. Zahlreiche BewohnerInnen diskutierten mit und brachten ihre Ideen, Wünsche und Vorschläge ein.

Die Protokolle dieser Veranstaltungen sind online als PDF abrufbar unter www.kma-mitte.de/materialien/veranstaltungen

Ordnungsamt vs. Tretroller

Während einer dreiwöchigen Schwerpunktaktion im November hat der allgemeine Ordnungsdienst des Bezirks Mitte mehr als 1200 Anzeigen gegen die Nutzerinnen und Nutzer von E-Tretrollern gestellt, die das modische Gefährt unsachgemäß abgestellt haben. Die Verleihfirmen sollen die Bußgelder weiterleiten und dürfen auch eine Bearbeitungsgebühr aufschlagen. Das war mit ihnen in Gesprächsrunden mit den Berliner Bezirken und der Senatsverkehrsverwaltung so vereinbart worden. Bezirksbürgermeister Stephan von Dassel äußert sich dazu in einer Presseerklärung: »Bisweilen haben die Dienstkräfte des Ordnungsamtes stark behindernde E-Tretroller selbst aus dem Weg geräumt. Dies ist und kann nicht Teil des Aufgabenspektrums des Ordnungsamtes sein. Letztlich stellen E-Tretroller gerade an Ampeln und Fußgängerüberwegen nicht nur ein erhebliches Hindernis für Rollstuhlfahrende und Kinderwagen, sondern auch eine große Gefahrenquelle für sehbeeinträchtigte Menschen dar.«



KOMMENTAR

Weisung wie zu Kaiser Willems Zeiten

Verkehrssenatorin Regine Günther irritiert mit einer einsamen Entscheidung

Warum um alles in der Welt glauben jetzt einige, an der Karl-Marx-Allee herumfummeln zu können, wie es ihnen passt, und die Magistrale zum Experimentierfeld für alle möglichen Ideen zu machen? Weil die KMA gerade erneuert wird? Weil sie Teil eines Ensembles der sozialistischen Nachkriegsmoderne ist?

Erst war es die neue Idee der »protected bike lanes«, die 2018 die schon abgeschlossenen Planungen für den Umbau nochmals neu aufrollte. Plötzlich sollte die Allee zur Modellstrecke für die abgepollerten breiten Radstreifen werden – obwohl schon die bestehende Planung sehr komfortable Radstreifen vorsah. Nur mit viel Mühe konnten die Poller verhindert werden. Ein anderer Vorschlag war, die ganzen schönen Touristenbusse auf dem Mittelstreifen parken zu lassen.

Der Umbau der Magistrale nähert sich allmählich seinem Abschluss Anfang 2020, da kommt Verkehrssenatorin Regine Günther kurz vor Weihnachten plötzlich wie Kai aus der Kiste mit einer neuen Überraschung um die Ecke: Statt der Parkplätze auf dem Mittelstreifen, wie in der abgestimmten Planung vorgesehen, soll auf dem Streifen plötzlich eine Blümchenwiese für Wildbienen entstehen. Das hat sie so beschlossen.

Und für die Anwohner soll Anfang nächsten Jahres eine Informationsveranstaltung stattfinden. Zack bumm, aus, keine Diskussion!

Das dürfte die ohnehin nicht sonderlich beliebte Senatorin noch ein paar weitere Punkte auf der Sympathieskala gekostet haben. Eine Weisung wie zu Kaiser Willems Zeiten par ordre de mufti zu verkünden, kommt in

der demokratiebewegten Stadt Berlin gar nicht gut an. Dagegen ist es Wasser auf die Mühlen derjenigen, die gern behaupten, dass Bürgerbeteiligung in Berlin ohnehin nur eine Farce sei.

Chapeau: Mit einer einsamen Entscheidung gleich mehrere Fauxpas zu begehen, muss mal auch erstmal bringen. Mit nur einer einzigen Pressemitteilung hat es die Senatorin geschafft, Beteiligungsverfahren beiseite zu fegen, die Bürger vor den Kopf zu stoßen und Senatskollegen zu verärgern, ebenso wie die Denkmalpflege und andere Fachämter. Befremden und Kritik äußerten nicht nur Mittes Stadtentwicklungsstadtrat Ephraim Gothe, sondern auch der Regierende Bürgermeister und der Kultursenator Klaus Lederer.

Zur Erinnerung: Bereits 2014(!) hatte eine große Bürgerveranstaltung der Senatsbauverwaltung zum Umbau der KMA stattgefunden. Dort wurde schon einmal die Idee eines begrünten Mittelstreifens präsentiert. Viele Anwohner wollten aber den Status Quo beibehalten, auch der Bezirk lehnte das Anliegen ab. Daraufhin verzichtete die Verwaltung im Jahr 2015 auf die Begrünung und folgte dem Wunsch der Anwohner.

Natürlich können plötzliche Veränderungen der Bedingungen noch einmal zum Umpflanzen führen. Doch Klimawandel und Insektensterben waren schon vor Umbaubeginn längst bekannt – warum also jetzt die plötzliche Wende?

Dabei hat keiner der Beteiligten (hier eher: Nicht-Beteiligten) etwas gegen umwelt- und klimaschützende Maßnahmen einzuwenden, weder Bürger noch Politiker oder Fachämter. Es geht hier gar nicht um die Schwarzweiß-Debatte »(Böse) Parkplätze vs. (gute) Begrünung«, wie es leider auch der Tagesspiegel-Mitte-Newsletter fälschlich darstellt. Es geht auch nicht nur um die Ignoranz gegenüber demokratischen Entscheidungsprozessen. Vielmehr blamiert die Senatorin sich zusätzlich durch den eklatanten Mangel an Sachkenntnis.

Wer sich im Gebiet KMA II umschaute, wird feststellen, dass man kaum ein anderes zentrales Wohnquartier mit so üppigen, großzügigen Grünbereichen in Berlin findet. Allerdings würden sich die Anwohner schon freuen, wenn im Gebiet endlich die versprochenen Neupflanzungen für hier gefällte Bäume kämen. Ohnehin ist der ökologische Effekt bei Bäumen um ein Vielfaches höher als bei Wiesen. Es gibt in Berlin wirklich genügend Ecken, wo eine Wildwiese wesentlich notwendiger und passender wäre als ausgerechnet hier – auch wenn die Vorstellung einer von Verkehr umtobten Blumenwiese, die von Wildbienen mit ihren geringen Flugreichweiten angesteuert wird, durchaus putzig ist.

Hinzu kommt aber, dass die Karl-Marx-Allee keine x-beliebige breite Straße in Berlin ist. Kultursenator Klaus Lederer, zuständig auch für das Landesdenkmalamt, musste die Senatorin darüber aufklären, dass die Allee Teil des Denkmalensembles »KMA II. Bauabschnitt« ist, dessen Aufnahme ins UNESCO-Weltkulturerbe derzeit angestrebt wird. Auf der Karl-Marx-Allee hat es nie einen grünen Mittelstreifen gegeben. Ein hier und da aufgehübschtes und wie ein Sofakissen zurechtgezupeltes Erscheinungsbild würde den beeindruckend kühnen Charakter der Magistrale zerstören und die Welterbeaufnahme ernsthaft gefährden.

Wie die glücklose Senatorin aus diesem selbstangerichteten gigantischen Fettnapf nun wieder herauskommen will, bleibt bislang ihr Geheimnis.

us



Kontakte, Ansprechpartner, Adressen

Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung

Müllerstraße 146
13353 Berlin

Zuständig für das Fördergebiet:

Birgit Nikoleit
Tel. (030) 9018 457 99
birgit.nikoleit@ba-mitte.berlin.de

André Zschaler
Tel. (030) 9018 457 93
andre.zschaler@ba-mitte.berlin.de

Zuständig für private Bauvorhaben:

Elke Pistorius
Tel. (030) 9018 457 79
elke.pistorius@ba-mitte.berlin.de

Prozesssteuerung und Gebietsentwicklung

Koordinationsbüro für Stadtentwicklung und Projektmanagement (KoSP GmbH)
Schwedter Straße 34 A
10435 Berlin
kma@kosp-berlin.de

www.kosp-berlin.de
www.kma-mitte.de

Bürgersprechstunde:
Do 15–19 Uhr, Vor-Ort-Büro,
Schillingstraße 12, EG, Raum 11

Ansprechpartner:

Hannah Münzer
Tel. (030) 33 00 28 47
muenzer@kosp-berlin.de

Gisbert Preuß
Tel. (030) 33 00 28 32
preuss@kosp-berlin.de

Georg Wasmuth (büro west)
Geneststraße 5, 10829 Berlin
Tel. (030) 786 04 70
gw@buero-west.de

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen

Referat Stadterneuerung (IV C)
Württembergische Straße 6
10707 Berlin
Franziska Mühleis
franziska.muehleis@sensw.berlin.de

Nachbarschaftsrat KMA II e.V.

info@nachbarschaftsrat-kma.de

Treffen jeden letzten Dienstag des Monats 18.30 Uhr, KMA-II-Treff,
Schillingstraße 12, EG, Raum 11





CHRISTOPH ECKELT

In unserem Quartier ist Armut wenig sichtbar. Auch hier leben Menschen mit schmalen Renten und sogenannte Bedarfsgemeinschaften, in denen der Kauf eines kleinen Weihnachtsbaums bereits zur großen Rechenaufgabe gerät. Auch hier wohnen Alleinerziehende, die sich wünschen, sie könnten ihren Kindern ordentlich Geschenke unter den Weihnachtsbaum legen, und von der Erfüllung dieser Wünsche sehr weit entfernt sind. Aber sichtbar ist das erst einmal nicht. Hin und wieder kann man – versteckt im kahlen Grün oder unter Balkonvorsprüngen – die Habseligkeiten eines oder einer Wohnungslosen sehen. Und der Anstand, es muss nicht immer gleich Mitgefühl sein, gebietet dann, die nicht anzurühren und auch nicht irgendwo anzurufen, um die Forderung auszusprechen, dass »die Sache geklärt, sprich beseitigt wird«. Passieren tut es trotzdem. Nur drei Steinwürfe entfernt gehört die Armut zum öffentlichen Raum. Wer den Alexanderplatz überquert, wird ihrer angesichtig. Sie stört das geschäftige Treiben des Weihnachtsmarktes, die glitzernden Schaufensterfassaden und das wohlige Gefühl, ein schönes und warmes Zuhause zu haben. Sie riecht schlecht, hält sich oft mit Alkohol warm, pöbelt manchmal rum, ist laut und egal, was für ein netter Mensch man selbst ist, der große Bogen läuft sich fast von allein.

Hin und wieder kann man beobachten, wie das Sicherheitspersonal versucht, die lockenden Eingänge von Kaufhof und Co von solchen, dem Glanz abträglichen, Erscheinungen zu befreien. Es gibt keine offiziellen Zahlen, nur Schätzungen. Und nach denen leben in Berlin zwischen 4.000 und 10.000 Menschen auf der Straße, 30.000 haben keinen Mietvertrag und werden in betreuten Wohnformen und Pensionen untergebracht. Bundesweit geht man von mehr als 650.000 Wohnungslosen aus. 1994 gab es in Berlin den ersten Kälte-toten. Seitdem existiert der von der Berliner Stadtmission betriebene Kältebus. Der ist im vergangenen Winter rund 15.000 Kilometer durch die Stadt gefahren und hat mehr als 2.000 Menschen erreicht. Erreicht meint meist, geholfen. Oft nur mit einem heißen Getränk, etwas zu essen, einer wärmenden Decke. Manchmal aber war es auch Rettung in letzter Minute, wenn der gesundheitliche Zustand eines wohnungslosen Menschen so bedenklich war, dass medizinische Hilfe ntotat. Die Stadtmission bittet darum, Menschen, die nachts auf der Straße schlafen, anzusprechen und ihnen anzubieten, den Kältebus anzurufen. Das kostet Überwindung. Nützt nichts, es zu beschönigen. Aber das sollte uns nicht hindern. Man kann auch, wenn klar ist, dass sich jemand

in der Nähe der eigenen Wohnung für ein paar Tage einen Schlafplatz eingerichtet hat, einen vielleicht übriggebliebenen Schlafsack vorbeibringen oder etwas zu Essen. Und wenn zu erwarten ist, dass die kommende Nacht Minusgrade bringt, ruft man beim Kältebus an und fragt, ob sie da vorbeifahren können auf ihrer Tour. Auch die Ehrenamtlichen, die den Kältebus betreiben und fahren, geraten oft an ihre Grenzen, wenn der Zustand der Wohnungslosen schlimm ist. So sind beispielsweise immer mehr Hilfebedürftige nach einer Beinamputation auf den Rollstuhl angewiesen. Die Stadt bräuchte inzwischen drei Kältebusse statt nur einen. Ein bisschen Spenden hilft also ebenfalls, ohne die Politik aus der Verantwortung zu entlassen, hier mehr und verlässlich Geld zuzuschießen. Berlin ist eine in jeder Hinsicht wachsende Stadt. Auch, was Armut und Elend anbelangt. In der Nacht vom 29. zum 30. Januar wird es stadtweit eine Zählung obdachloser Menschen geben, um sich einen Überblick über notwendige Hilfe (Kältebusse, Unterkünfte) zu verschaffen. Auch dafür werden freiwillige Helferinnen und Helfer gesucht.

Kathrin Gerlof

Telefonnummer Kältebus: 0178-5235838
Freiwillige Helfer*innen bei der stadtweiten Zählung können sich anmelden unter www.berlin.de/nacht-der-solidaritaet/